

## Die SPD verteidigt den Atomausstieg

VON SIBYLLE QUENETT, 03.01.06, 20:07h

**Berlin** - Der Streit um Gaslieferungen aus Russland an die Ukraine und nach Westeuropa hat in Deutschland eine neue Debatte um die nationale Energieversorgung entfacht. Am Dienstag verwahrten sich SPD-Umweltpolitiker gegen den Vorschlag von Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU), die Laufzeiten der Atomkraftwerke zu verlängern. Michael Müller, Staatssekretär im Bundesumweltministerium, und Ulrich Kelber (beide SPD) pochten auf den Koalitionsvertrag, nach dem am Atomausstieg, so wie von Rot-Grün beschlossen, nicht gerüttelt werden soll.

Trotzdem dürfte die Diskussion erst am Anfang stehen. Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz heißen die Stichworte mit Blick auf die Energiepolitik. Nicht erst seit gestern ist klar, dass eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung zu den wichtigsten Standortfaktoren für die deutsche Wirtschaft zählen. Erst vor kurzem wurde das endgültige Aus für eine Aluminiumhütte in Norddeutschland beschlossen, weil der Stromversorger keine international konkurrenzfähigen Preise anbieten konnte. Kernfrage der nächsten Jahre dürfte sein, wie die Hälfte des deutschen Kraftwerkparkes erneuert werden soll. Neben dem Ausbau erneuerbarer Energien haben Umweltpolitiker seit Jahren darauf gesetzt, vor allem die alten Kohlekraftwerke durch sehr viel effizientere Gas-Kraftwerke zu ersetzen. Das würde jedoch die Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen weiter steigern, solange es nicht gelingt, verstärkt auch Flüssiggas aus anderen Fördergebieten etwa im Nahen Osten zu beziehen.

Die Verlängerung der Laufzeiten der deutschen Atommeiler um etwa zehn Jahre könnte aus Sicht der Union ermöglichen, in der Zwischenzeit neue umweltfreundlichere Kohlekraftwerke zu entwickeln. Dabei geht es vor allem darum, das klimaschädigende Kohlendioxid komplett abzuscheiden und sicher zu lagern. Die Renaissance der deutschen Steinkohle ist damit allerdings noch lange nicht eingeleitet. Trotz höherer Weltmarktpreise werden die deutschen Gruben auch weiterhin nur sehr viel teurer Kohle fördern können als Bergwerke in anderen Weltregionen.

Der Bau neuer Atomkraftwerke dürfte jedoch in Deutschland als so gut wie ausgeschlossen gelten. Zwar reichen die Uranvorräte deutlich länger als die Öl- und Gasvorkommen, aber auch sie sind begrenzt. Je höher die Nachfrage und die Preise, umso mehr Lagerstätten können wirtschaftlich erschlossen werden. Ungelöst ist aber nach wie vor weltweit die Frage der sicheren Endlagerung des Atommülls. Kaum weniger beunruhigend bleibt die Erkenntnis, dass Kernkraftwerke auch schwer gegen Terroranschläge zu schützen sind.

Unterdessen erhalten die beiden großen deutschen Gasimporteure Eon Ruhrgas und Wingas von ihrem russischen Lieferanten Gasprom wieder die vertraglich vereinbarte Menge Erdgas. Auch andere Länder wie Österreich, Polen, Ungarn oder Frankreich, die zeitweise erhebliche Lieferausfälle beklagt hatten, werden seit gestern wieder voll versorgt. (mit dpa)

(KStA)

**FENSTER SCHLIESSEN**

---

Copyright 2006 Kölner Stadt-Anzeiger. Alle Rechte vorbehalten.